

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

In bezug auf alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Inserionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

## Die Zoll- und Handelsfrage.

Ueber die gegenwärtige Situation in der Zollfrage schreibt ein berliner Correspondent der Breslauer Zeitung vom 30. Jan.: „Trotz mancher seit einiger Zeit eingetretenen Zwischenfälle hat sich die Situation in der Zollfrage im Wesentlichen nicht geändert. Noch sind alle Ausichten vorhanden, es werde eine Verständigung zwischen den beiden Commissären über einen Handelsvertrag Desterreichs mit dem Zollverein ermöglicht werden, und noch ist Grund zu der Annahme vorhanden, die Coalition werde nicht hinreichende Kraft gewinnen ihren Bestrebungen durch Bildung einer dritten Zollgruppe Gestalt zu geben. Aber trotzdem sind jene Zwischenfälle erwähnenswerth, weil sich gerade in dieser subtilen Angelegenheit kaum berechnen läßt, aus welcher anscheinend geringfügigen Specialitäten Streitfragen hergeleitet werden, deren Unlösbarkeit am Ende das Scheitern der Pläne im Gefolge hat. Die Tarifffrage bildete den Kernpunkt der Beratungen: Hr. v. Bruck setzte Alles daran, die diesseitige Regierung zu einer Erhöhung namentlich der Ganzfabrikate und Consumtionszölle zu vermögen; ein Unsinnen, das Preußen, wofern es die Aufrechterhaltung des Septembervertrags beabsichtige, mit Entschiedenheit zurückweisen mußte. Hr. v. Bruck aber bestand trotzdem auf seiner Forderung, weil er für die concedirte Zollfreiheit der Rohstoffe eine Gegenconcession fordern zu dürfen meinte. So sehr vielleicht die handelspolitischen Grundsätze des preussischen Handelsministers die österreichische Proposition billigen konnte, so mußte doch mit Rücksicht auf den Septembervertrag hier ein unüberwindlicher Widerstand geleistet werden. Die Folge davon aber war, daß sich ein Zwiespalt zwischen den conferirenden Commissären herausstellte, der weitere Beratungen völlig fruchtlos machte. Die vielen Conferenzen der Commissäre mit dem Ministerpräsidenten und den Ministern des Handels und der Finanzen, von denen die officiellen Blätter berichtet haben, haben sich darauf bezogen, die weiteren Beratungen zu ermöglichen, während jener Punkt unerledigt blieb, da Hr. v. Bruck auf Gewährung dieser österreichischen Proposition als auf einem Präjudiz für den Handelsvertrag überhaupt bestand. Die Beratungen des österreichischen Commissärs mit Hrn. v. Pommer-Esche sind daher auch wieder aufgenommen worden, ohne daß bis jetzt von Seite Preußens die Erhöhung der Consumtionszölle concedirt worden wäre. Gegenwärtig wird von österreichischer Seite hierüber noch in Wien mit dem preussischen Gesandten Grafen v. Arnim verhandelt. (Daß die meisten Blätter jetzt gerade von der Verständigung Preußens und Desterreichs in der Zollfrage wie von einer vollendeten Thatsache reden, ist nicht so bedeutungsvoll, als es den Anschein hat. Diese Blätter sind, was vor allem beachtet werden muß, coalitionistische; als solche wollen sie durch derartige Mittheilungen die bairischen Bestrebungen durch den Hinweis auf das Resultat in Berlin fördern; in Wahl ihrer Mittel sind diese Blätter nicht gar skrupulos.) Aus dieser Darstellung der Sachlage wird Ihnen erklärlich werden, wie es gekommen ist, daß urplötzlich in Blättern, die überwiegend von österreichischer Seite inspirirt sind, die Nachricht auftauchte, die Aussicht auf Verständigung sei verschwunden, und wie es dann gekommen ist, daß dieselben Blätter dann ebenso plötzlich berichtet haben, die Verhandlungen nähmen einen guten Fortgang und gäben die Gewähr erfreulicher Resultate.“

Die officielle Kasseler Zeitung spricht sich über die in Aussicht stehende Einigung zwischen Desterreich und Preußen sehr unliebsam aus. Sie sagt: „Desterreich hat in Berlin darauf verzichtet, die Zollvereinigung mit dem übrigen Deutschland in möglichst kurzer Zeit anzustreben, und begnügt sich mit einem Handelsvertrag auf zwölf Jahre, welcher, wie man hofft, «unwiderstehlich» dereinst zur vollen Einigung führen werde. Ueber die Tariffage der Einfuhr nach Desterreich und umgekehrt ist dagegen eine Uebereinstimmung noch nicht gänzlich erzielt worden, und Preußen beharrt noch immer auf seinen dem Freihandel mehr oder weniger günstigen Positionen. Hr. v. Bruck wird wol in kurzem Berlin verlassen, und dann sollen die Coalitionsstaaten wieder mit Preußen zusammentreten, um über die Reconstruction des Zollvereins auf weitere zwölf Jahre zu verhandeln. Also eine neue Zollconferenz. Ob es auf derselben gelingen werde, diejenigen Bestimmungen des Septembervertrags auszumärzen, welche die Industrie der Coalitionsstaaten zu ruiniren drohen, welche die Zollrevenue derselben so gut als auf Null reduciren, und den Bewohnern dieser Staaten statt gehoffter Erleichterungen nur Steuererhöhungen in sichere Aussicht stellen, darüber sind bis jetzt weder von Preußen noch von Hannover irgend befriedigende Erklärungen bekannt geworden. Die Coalitionsstaaten hatten in Betreff des Septembervertrags auf der unlängst beendigten berliner Zollconferenz nicht unwesentliche Concessionen gemacht, in der Voraussetzung, daß die Zollvereinigung mit Desterreich sie dafür entschädigen werde. Diese Zollvereinigung ist aber nach dem augenblicklichen Stande der Verhandlungen zwischen Desterreich und Preußen auf volle zwölf Jahre hinausgeschoben worden, und ob nach diesen zwölf Jahren der interimistische Handelsvertrag mit Desterreich «unwider-

stehlich» zur vollen Einigung führen werde, das ist und bleibt ein Glaubensartikel, nicht minder als die Hoffnung, daß die vorher schon und noch innerhalb der zwölf Jahre hierüber einzuleitenden abermaligen Verhandlungen ein günstigeres Resultat herbeiführen möchten. Als sicheres Ergebnis des im jetzigen Augenblicke in Berlin im Abschlusse begriffenen Handelsvertrags zwischen Preußen und Desterreich ergibt sich nur, daß die in Desterreich erzeugten wohlfeileren Rohstoffe mehr oder weniger zollfrei nach Preußen gehen, und dafür «wol als Entschädigung» die preussischen Fabrikate beim Eingange nach Desterreich mit geringern Eingangszöllen sollen belegt werden; eine Manipulation, die zur Folge haben wird, daß die österreichischen Fabrikanten ihre Rohstoffe um so viel theurer werden kaufen müssen, als die preussischen sie um so viel wohlfeiler werden beziehen können, ein doppelter Schaden für die erstern, ein doppelter Vortheil für die letztern; hierzu dann noch die Herabsetzung der Eingangszölle in Desterreich — wahrlich, einen solchen Handelsvertrag kann sich Preußen immerhin gefallen lassen; die Sorgen wegen des «unwiderstehlichen» Uebergangs desselben in die volle Zollvereinigung mögen in Berlin ohnehin nicht gewaltig sein. Schreiber dieser Zeilen gehört leider nicht zu jenen Personen, auf welche die Macht der Phrase einen «unwiderstehlichen» Einfluß übt; man darf es ihm darum auch nicht übel nehmen, wenn er wenig Neigung zeigt, in das jetzt ziemlich allgemeine Gerede von der neuesten «günstigen» Wendung der Zollfrage einzustimmen. Um die Sache handelt es sich, nicht um die Form oder um den leeren Rahmen, und wenn man, während Preußen und Hannover an ihren von Anfang an gestellten Forderungen im Wesentlichen nichts nachlassen, die Absicht hatte, andererseits alles Wesentliche zu concediren, so hätte man, deucht uns, ein «solch günstiges Ergebnis» längst schon viel einfacher und wohlfeiler erzielen können. Es kommt mitunter vor, daß man sich vor seinem eigenen Schatten fürchtet.“

— Aus Berlin vom 1. Febr. schreibt die Neue Preussische Zeitung: Wie wir hören, wird hier der definitive Abschluß der Zollverhandlungen noch innerhalb dieses Monats erwartet.

## Deutschland.

Frankfurt a. M., 31. Jan. Der österreichische Bundespräsidialgesandte, Frh. v. Prokesch-Osten, ist heute Abend hier eingetroffen.

— Daß in dem gegenwärtigen Jahre eine Inspection sämtlicher Bundescontingente im Auftrage des Bundes werde angeordnet werden, kann als unzweifelhaft angenommen werden. Der betreffende Bundesbeschluß ist zwar noch nicht gefaßt, wird aber voraussichtlich in nächster Zeit erfolgen. Die nachgesuchten Instructionen für die Bundesgesandtschaften werden in kurzem erwartet. (Leipz. Z.)

Preußen. Berlin, 1. Febr. Die II. Kammer setzte heute die am 29. Jan. abgebrochene Debatte über den Bericht der Commission für die Gemeindeangelegenheiten über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Gemeindeordnung und des Art. 105 der Verfassungsurkunde, fort. Die Neue Preussische Zeitung berichtet darüber: Gegen die Regierungsvorlage sprachen die Abgg. Jacobs und Graf Goltz. Für dieselbe die Abgg. Graf Renard und Keller. Nachdem darauf der Minister des Innern das Gesetz vertheidigt, greift der Abg. Niedel es auf das heftigste an und ruft dadurch folgende Erklärung des Ministerpräsidenten Frh. v. Manteuffel hervor: „Meine Herren! Es war nicht meine Absicht, in die gegenwärtige Discussion einzugreifen; da ich aber provocirt worden bin, muß ich das Wort nehmen. Es ist richtig, daß ich die Gemeindeordnung vor zwei Jahren den Kammern vorgelegt habe. Aber zwei Umstände waren es, die die Regierung dazu nöthigten. Einmal waren es gewisse Verheißungen, die in wahrlich nicht ruhigen Zeiten gemacht worden waren; der zweite Umstand war damals, endlich eine gewisse Ordnung wiederherzustellen, im Volke das Bewußtsein wieder zu erwecken, daß es noch eine Regierung gebe. Es ist zwar gesagt worden, daß, als die Gemeindeordnung gegeben wurde, schon wieder Ruhe im Lande geherrscht habe. Aber ich frage Sie, welche dies behaupten, ob nicht seitdem eine bedeutende Abklärung der Verhältnisse stattgefunden habe? Ich frage, sind unsere Verhältnisse noch dieselben, die sie 1850 waren? (Bravo rechts.) Man sagt, die Gemeindeordnung ist bürokratisch; ja, sie muß es sein, weil man zu jener Zeit an nichts Anderes anknüpfen konnte. Jetzt aber, meine Herren, nachdem die Ruhe wieder vollkommen hergestellt, hat sich der Minister des Innern die große Mühe gegeben, an ältere Verhältnisse anknüpfend, eine bessere Gesetzgebung vorzubereiten. Sollte er sich in manchen Punkten geirrt haben, so wird den Kammern bei der Specialberatung Gelegenheit genug gegeben werden, dies zu ändern. Aber das vorliegende Gesetz verwerfen, heißt jenen Gesetzen allen Grund nehmen wollen. Für einen Grundstein Preußens habe ich übrigens niemals die Gemeindeordnung gehalten. Man hat mir auch Inconsequenz vorgeworfen. Ich bin der Erste, der,